

Antrag der Fraktion der CDU**Hospiz- und Palliativversorgung im Land Bremen stärken!**

Sterben gehört in die Mitte der Gesellschaft und geht uns alle an. Menschen und ihren Angehörigen einen würdevollen und möglichst schmerzfreien Abschied und angenehme letzte Lebenstage oder -monate in ihrer gewohnten Umgebung und Nachbarschaft zu ermöglichen, ist Aufgabe der Hospiz- und Palliativversorgung. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben und zur Verbesserung der bereits bestehenden ambulanten und stationären Angebote sind die beteiligten Akteure auf angemessene politische Rahmenbedingungen und einen gesellschaftlichen Konsens angewiesen.

Vor diesem Hintergrund haben die Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen 2012 einen gemeinsamen Antrag zum Thema „Bedarfsgerechte Versorgung mit Palliativ- und Hospizplätzen in Bremen sicherstellen“ eingebracht. In der Folge wurde dieses Thema gesellschaftlich diskutiert, ein zweites stationäres Hospiz wurde in Bremen-Nord eingerichtet und ein Runder Tisch Hospiz- und Palliativversorgung eingerichtet. Eine Vielzahl von Experten aus unterschiedlichen Bereichen engagierte sich seit 2012 ehrenamtlich bei der Arbeit dieses Runden Tisches. In der Mitteilung des Senats „Bedarfsgerechte Versorgung mit Palliativ- und Hospizplätzen im Land Bremen sicherstellen“ vom 27. November 2012 (Drs. 18/674) wurde ausdrücklich die Bedeutung des Runden Tisches und seiner Empfehlungen unterstrichen. Er sollte auch in Zukunft seine Expertise im Bereich Hospiz- und Palliativversorgung einbringen. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode zeichnete sich jedoch ab, dass die Arbeit des Runden Tisches nicht mehr in dem Maß wertgeschätzt und angenommen wurde, wie bisher. Vor diesem Hintergrund ist der Senat aufgefordert, auch weiterhin die bedarfsgerechte Hospiz- und Palliativversorgung in Bremen und Bremerhaven voranzutreiben und die Empfehlungen des Runden Tisches inhaltlich zu beraten und umzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. August 2016 einen Bericht vorzulegen, welche Empfehlungen des Runden Tisches bisher wie umgesetzt wurden, das gilt insbesondere für die Themenfelder
 - a) stationäre Hospize,
 - b) palliativmedizinische Liaisondienste,
 - c) SAPV (Spezialisierte-Ambulante-Palliativversorgung)-Teams,
 - d) spezielle Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Demenz,
 - e) Fortbildung und Unterstützung von Ehrenamtlichen und Personal.
2. sicherzustellen, dass der Runde Tisch auch in dieser Legislaturperiode weiterhin in die bedarfsgerechte Planung im Themenfeld Hospiz- und Palliativversorgung einbezogen und bei Entscheidungen und Stellungnahmen der zuständigen Ressorts beratend einbezogen wird.

Rainer Bensch, Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU